



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

11. Bericht Foersters an Eisner vom 16. November 1918

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

Nr. 11

Der bayerische Gesandte in der Schweiz an den Ministerpräsidenten

Zürich, den 16. November 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Die Ernennung zum provisorischen Gesandten des bayerischen Volksstaates habe ich ohne Zögern angenommen, weil ich mich bezüglich der weltpolitischen Fragen in besonders intimer Gesinnungsgemeinschaft mit Ihnen fühle; ich glaube auch in der gegenwärtigen schwersten Krise Deutschlands meine alten und neuen Beziehungen zu den massgebenden Ententekreisen wirksamer verwerten zu können, wenn ich hier nicht nur als Privatmann tätig bin. Da ich im gegnerischen Lager wegen meines Universitätskonfliktes ein unbedingtes Vertrauen genieße, so dient meine Ernennung auch dazu, den Absichten der neuen bayerischen Volksregierung bei der Entente Vertrauen zu schaffen. Übrigens habe ich von dem Augenblicke an, in dem ich Sie zu meiner aufrichtigen Freude in der Macht wusste, sofort ganz in Ihrem Sinne gewirkt, wobei mir zugute kam, dass der intimste Vertrauensmann Clémenceaus, der sich in ununterbrochener Verbindung mit den leitenden Männern der Ententestaaten befindet, mich hier besuchte und seitdem fast jeden Tag ein Exposé über irgend eine wichtige Frage von mir erbittet, das er dann übersetzt und an die genannten Stellen sendet. Zufällig hatte ich sofort nach Empfang Ihres Telegramms wieder Gelegenheit, dem Genannten in dreistündiger Unterredung die ganze Sachlage darzulegen, wobei ihm das moralische Element in Ihren Kundgebungen besonderes Vertrauen einflösste. Er hat sofort nach dieser Unterredung an Clémenceau und an die amerikanische Gesandtschaft telegraphiert. Sie dürfen als schönsten Lohn für alle Ihre Mühen das Bewusstsein haben, dass Sie in diesem Augenblicke Deutschland gerettet haben. Denn die vorangehenden Berliner Kundgebungen vermochten kein Vertrauen zu erwecken.

Bei der Beurteilung der ersten Waffenstillstandsbedingungen ist zu beachten, dass dieselben noch auf Wilhelm II. zugeschnitten waren und das damals noch nicht überwundene, schuldige, militärische Deutschland treffen sollten; „wir wollten hart sein“ sagte der Genannte, „wir wollten dem militärischen Deutschland die ganze Wucht seiner Niederlage zeigen und damit dem deutschen Volke grell zum Bewusstsein bringen, wohin es geführt worden ist“. Von diesem Standpunkt aus sind auch die starken Garantien begreiflich, die man forderte: solange jenes militärische Deutschland nicht radikal aus dem Sattel gehoben war, musste man ja in der Tat jede Lebensmittellieferung noch als Proviant für den Feind betrachten. Nun

ist ja alles in bestem Gange: mir wird soeben auch von zuverlässiger Seite aus Bern telephoniert, dass die Entente auch in Bezug auf Tempo und Frist der Demobilisierung zu grösstem Entgegenkommen bereit sei, um ein Chaos zu verhindern. Ganz besonders hat man in Frankreich nunmehr den dringenden Wunsch, das zweitausendjährige Nachbarschaftsverhältnis zum deutschen Volke auf eine ganz neue Grundlage zu stellen.

Zur Beurteilung der bisherigen Haltung der Entente ist auch zu beachten, dass vor zwei Wochen die Vertreter des österreichischen ancien régime hier mit der Entente verhandelten, um durch schnelle Verproviantierung die Revolution zu verhüten und den Thron zu retten: Die Entente hat dann vorgezogen, den Sturz des alten Systems abzuwarten.

Weltpolitisch sehr in Betracht zu ziehen ist die Stellung der Entente zum Bolschewismus. Ich gebe zunächst kurz die Auffassung des oben erwähnten Ententevertreters wieder: Derselbe betonte, daß dem Westen jede noch so radikale deutsche Regierung willkommen sei, sobald sie sich nur vom Bolschewismus, d. h. von gewalttätiger und blutiger Autokratie bestimmter Gruppen und der daraus folgenden Anarchie fernhalte. Einer bolschewistischen Regierung werde man jede Unterstützung versagen. Man werde auch dem russischen Bolschewismus jetzt zu Leibe rücken, man habe den Krieg gegen die deutsche Unmenschlichkeit nicht geführt, um dafür den bolschewistischen Zarismus einzutauschen. Ich habe sofort betont, dass Bolschewismus bei uns nur zu fürchten sei, wenn die jetzige Regierung in der Volksernährung versage; der bayerische Ministerpräsident habe ausdrücklich den unblutigen Charakter der geschehenen Umwandlung gefeiert; alle Kundgebungen der neuen deutschen Regierungen seien voll von Appell an strikteste Ordnung. Ich glaube, dass jede öffentliche Kundgebung, die in diesem Sinne eine Absage an die östlichen Methoden enthält, von ganz ausserordentlicher Bedeutung ist, um die Atmosphäre zu schaffen, ohne die die Übersee Lieferungen grossen Stils zum Aufbau der deutschen Industrie nicht wagen wird: Nur das Vertrauen auf eine geordnete — wenn auch noch so radikale — Entwicklung in Deutschland wird im Stande sein, das überseeische Unternehmertum so bald wie möglich aus einer abwartenden Haltung herauszubringen.

Erlauben Sie mir, dass ich im Anschluss an diese Mitteilungen noch meinen eigenen Standpunkt zu der Prinzipienfrage „Bolschewismus und Entente“ präzisiere. Aus vielerlei Anzeichen habe ich die Ahnung, dass Ihre Auffassungen auch in dieser Frage weit mit den meinigen gehen, ja vielleicht ganz mit denselben übereinstimmen. Es kann aber auch sein, dass ich mich in dieser Annahme irre — dann ist es gut, dass Sie genau sehen, wo ich stehe, und danach manche künftige Entscheidung bemessen.

Gestern abend besuchte mich der polnische Redakteur M. Horwitz, der die Absicht aussprach, auch Sie aufzusuchen und der im

Anschluss daran mir seine Ansichten entwickelte. Er kritisierte lebhaft Ihre Tonart gegenüber der Entente und behauptete, man hätte ruhig abwarten sollen, bis die Entente-Sozialisten ihre Regierungen durch Umsturz zu anderen Waffenstillstandsbedingungen gezwungen hätten. Auf meinen Einwurf, dass dann eben das Chaos bei uns eingetreten wäre, antwortete er, das hätte nichts geschadet, solche Erschütterungen seien nötig, um die Geburt einer wirklich neuen Welt zu ermöglichen. Der Herr machte mir den Eindruck eines ganz abstrakten Kopfes, der die politischen und sozialen Verhältnisse der Ententevölker völlig schief beurteilt und den chaotischen Osten zum Lehrmeister der deutschen Entwicklung machen möchte. Die Mentalität dieser blossen Mechaniker der gesellschaftlichen Entwicklung, deren ganze Propaganda im Grunde moralisch völlig in der Luft steht, ist mir genau so tief zuwider wie die Mentalität unserer realpolitischen Ideologen des nationalen Gewaltstaates: es sind ganz die gleichen Naturen, nur dass die einen von unten das vollbringen wollen, was die anderen von oben praktizierten. Leider gehört nach meinem Eindruck auch die hiesige „Volksrecht“-Gruppe durchaus in diese Sphäre, — woher es sich auch erklärt, dass diese Gruppe in der demokratischen Schweiz eine vollständige moralische und politische Niederlage erleidet, wozu nicht zum wenigsten ihr Eintreten für die Terroristen der Lenin-Regierung beigetragen hat. Allen diesen Leuten sind Sie bereits verdächtig. Der Redakteur Horwitz repräsentiert — wenn ich ihn richtig verstanden habe — in typischer Weise eine Anschauung, die jetzt in gewissen von der Stimmung des revolutionären Ostens beeinflussten Kreisen der Schweiz grassiert: die sogenannte Entente sei der eigentliche Feind und repräsentiere den imperialistischen Kapitalismus in seiner höchstentwickelten Form; alles komme darauf an, die westliche Arbeiterschaft im östlichen Sinne zu revolutionieren und dann gemeinsam gegen die Bourgeoisie vorzugehen. Eine Verständigung mit der jetzigen Entente verhindere nur diese radikale Lösung. Diese Leute wollen also nach vier Jahren Weltkrieg nunmehr den vierjährigen Bürgerkrieg als Mittel der sozialen Reorganisation entfesseln. Wenn dies das Programm des Fortschritts in Europa werden sollte, dann wüsste man wirklich nicht mehr, wofür man noch leben und kämpfen soll. Diese abstrakten Köpfe haben wohl zu wenig Phantasie, um sich zu fragen, wie der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas möglich sei, wenn die gesellschaftliche Erneuerung jetzt im östlichen Stile mit Hass, Absonderung und Gewalt in Angriff genommen werden solle. Wir brauchen gewiss jetzt Führer und Programme, die aufs Ganze gehen und die das Volk zu grossen Entschliessungen fortzureissen verstehen, aber diese Führer müssen die Fähigkeit haben, den Bund der Handarbeit mit der Intelligenz und mit der technischen Welterfahrung in neuem Geiste zu begründen, statt diese Faktoren von einander loszureissen — und das in einem weltgeschichtlichen Augenblick, in dem von ihrer neuen Zusammenarbeit Leben und Gesundheit von Millionen abhängt —

vor allem auch die Herstellung von neuen Lebensbedingungen für die Millionen, die vier Jahre im Kriegselend gesteckt haben. Sollen sie nun aus der Not des Weltkrieges in die Schützengräben des Bürgerkrieges geworfen werden?

Die Hauptsache ist: die Vertreter jener ganzen Propaganda haben keine Ahnung von Wesen und Tendenz der französischen und englischen Arbeiterbewegung. Die industriellen Arbeiter sind in Frankreich eine absolute Minorität. Frankreich ist das Land der kleinen „Proprietäre“. Diese haben alles, was sie wollen. Eine neue Revolution in Frankreich ist ausgeschlossen — genau so wie sie in der Schweiz ausgeschlossen ist. Es kann in beschränktem Kreise vorübergehende Unruhen geben — aber nichts, was auch nur entfernt an Bolschewismus erinnert, kann sich dort durchsetzen. Was England und Amerika betrifft, so ist dort trotz der riesigen Industriearbeiterschaft eine Revolution völlig ausgeschlossen — einfach weil man dort von Gewaltaktionen nur Schaden erwartet und ausserdem jede Möglichkeit hat, sich im Rahmen der bestehenden Ordnungen allmählich durchzusetzen. Ich bin über diese Dinge und ihren neuesten Stand ganz genau unterrichtet. Die Bolschewisten werden erleben, dass englische und amerikanische Arbeiter von Odessa aus gegen jene Anarchie, die das Zerrbild jeder Demokratie ist, genau so begeistert vormarschieren, wie gegen den deutschen Militarismus. Der Westen hat dem Gewaltregime in jeder Form den Krieg erklärt, zum Teil aus Idealismus, zum grösseren Teil aus den Lebensbedürfnissen der geordneten Weltwirtschaft heraus, während wir immer noch in der weltpolitischen Borniertheit des ostelbischen Denkens steckten.

Ich habe diese Frage ausführlich behandelt, weil ich annehme, dass Ihnen in diesen Tagen von dem hiesigen bolschewistischen Zentrum aus viele falsche oder schiefe Informationen über die inneren Verhältnisse im Ententelager zugetragen worden sind. Die Entente, ausgenommen Italien, ist absolut nicht vom Imperialismus beherrscht; Ihre Politik ist daher durchaus im Einklang mit dem wirklichen Sachverhalt.

Ganz besonders wichtig schien mir das Interview, das die „Vossische Zeitung“ betreffend Ihre Stellung zum Bolschewismus veröffentlichten konnte: ich werde sofort dem Bundespräsidenten Mitteilung machen, der — unabhängig von meiner Ernennung — den Wunsch nach einer Aussprache mit mir über die internationalen sozialen Probleme geäussert hat. Wir brauchen den guten Willen der massgebenden Kreise der Schweiz ja jetzt mehr als je für alle Probleme unserer Übergangswirtschaft — und wir brauchen diesen guten Willen und dies Vertrauen umsomehr, als, wie Ihnen gewiss bekannt geworden ist, in den letzten Monaten hier Machenschaften des Berliner Generalstabes ans Licht gekommen sind, die das Ansehen des deutschen Namens aufs schwerste geschädigt haben¹⁾

¹⁾ Es folgen Erörterungen über die Neubesetzung der deutschen Gesandtschaft in Bern, die hier nebensächlich sind.

Es wird zweifellos Früchte bringen, wenn ich jetzt in zahlreichen persönlichen Begegnungen mit massgebenden Ententeleuten in Zürich, Bern und Genf Vertrauen zum neuen Deutschland zu schaffen suche, und ferner gewissen Hauptbeschwerden des neutralen und feindlichen Auslands gegen unsere weltwirtschaftlichen und diplomatischen Praktiken einmal auf den Grund gehe, damit so, im Verein mit ähnlichen Informationen anderer, den Zentralen unserer auswärtigen Politik Material zur Verfügung steht, auf Grund dessen allmählich neue Traditionen für unsere Diplomatie geschaffen werden können. Die Demokratisierung unseres Auslandsdienstes z. B. würde nicht nur in dessen parlamentarischen Kontrolle, sondern vor allem auch darin zu suchen sein, dass die Gesandtschaften und Konsulate in ganz andern Stile als bisher die Sachkenner aller Volksschichten um sich scharen, und zugleich in einem neuen Geiste leitend auftreten, indem sie z. B. für den wirtschaftlichen Umgang mit dem Ausland einen Ehrenkodex entwickeln helfen, statt das Banditentum in der Handelskonkurrenz obendrein noch zu ermutigen. Ich werde Ihnen einiges recht Charakteristische mitteilen, was ich inbezug auf abstossende und einzig dastehende deutsche Geschäftssancen gegenüber dem Auslande hier erfahren habe. Geht man jenen ganz übeln Traditionen nicht an die Wurzel, so haben wir bloss wieder Mannesmann- und andere Affären. Bei den Friedensverhandlungen wird man erst in ganzem Umfange erkennen, wieviel die Weltverärgerung über jene Praktiken zu den Vorbehalten Englands betreffend „Freiheit der Meere“ beigetragen hat. Im grossen Publikum sind diese Dinge absolut unbekannt. Auch die anderen hatten ihre skrupellosen Elemente, bei uns aber waren gerade die tonangebenden Kreise skrupellos und fanden nirgends in der öffentlichen Meinung und in der Presse eine kontrollierende Gegenwirkung.

Weiter oben erwähnte ich des ausserordentlichen Misstrauens der Entente inbezug auf Tiefe und Dauer der gegenwärtigen Umwälzung in Deutschland. Dieses Misstrauen richtet sich besonders auf den Ausgang der kommenden Neuwahlen. Die Entente fürchtet, dass dann die unbelehrbaren und noch nicht bekehrten Elemente wieder die alte Tonart reden und die alten Praktiken durchsetzen. Auf der anderen Seite wünscht auch sie nicht, dass die neue Richtung sich mit nur äusserlichen Mitteln, also durch autokratische Herrschaft einer bestimmten Volksgruppe behaupte, wodurch die Erziehung des deutschen Volkes zu wahrer Demokratie verhängnisvoll durchkreuzt werden müsste. Auch biete solche Gewaltherrschaft erst recht keine solide Garantie. Dieses Dilemma ist anscheinend unlösbar. Ich glaube man muss hier unbedingt und ohne Kleingläubigkeit die Konsequenzen des demokratischen Prinzips ziehen. Würde sich dann zeigen, dass eine wahrhaft demokratisch zustande gekommene Volksvertretung zunächst noch einen sehr grossen Teil des jetzt scheinbar überwundenen alten Deutschland wieder zur Geltung bringt, so muss man das in Gottesnamen hinnehmen, denn totschiagen oder äusserlich unter-

drücken kann man ja die Leute doch nicht, man muss vielmehr den Glauben haben, dass die Macht unserer geistigen Propaganda im Verein mit der erschütternden Sprache der Konsequenzen des von den „führenden“ Klassen angezettelten und verlängerten Krieges doch allmählich einen so überwältigenden Teil des betrogenen deutschen Volkes auf unsere Seite bringt, dass wir in der Lage sind, alles dasjenige in organischer Entwicklung durchzusetzen, was durch eine blasse Autokratie von unten her doch nur künstlich und nur mit verhängnisvollen Konsequenzen für die jetzt doppelt notwendige innerpolitische Ordnung und Einigkeit gesichert werden könnte. Die Hauptsache würde dann eben sein, dass man im grössten Massstabe an die Aufklärung des deutschen Volkes geht, dessen Bildungsschichten ja in der Tat noch keine Ahnung von den wahren Ursachen des Krieges und der Kriegsverlängerung haben.

Eine gewisse Hinausschiebung der Wahlen lässt sich ja ganz offen mit der Notwendigkeit einer solchen Aufklärung begründen und ebenso mit dem Hinweis darauf, dass die bisher führenden Klassen in ihrer Behandlung der weltpolitischen Fragen eine derartige Verblendung gezeigt und Deutschland dadurch an den Rand des Abgrunds gebracht hätten, dass es nur eine berechnete Notwehr des leidenden deutschen Volkes sei, wenn es seine nächste und dringendste Rettungsaktion selbst in die Hand nehme und während derselben keine Mitwirkung der am schwersten kompromittierten Volksgruppen dulde — dabei kann man ja die ausdrückliche und nachdrückliche Zusicherung geben, dass von einem bestimmten Termin an unantastbar demokratisch organisierte Neuwahlen stattfinden würden und dass man sich allen Resultaten derselben ebenso fügen würde, wie man im gegenwärtigen Augenblicke Ordnung und Disziplin verlange.

Mit diesen Bemerkungen wollte ich mich nicht mit meinem Rate aufdrängen — das mit Ententevertretern vielfach erörterte Thema regte mich nur dazu an, die Frage nach einem Auswege aus dem oben bezeichneten Dilemma mit ein paar Bemerkungen zu berühren.

Ist eigentlich Ihre höchst eindrucksvolle Broschüre über Marokko bereits wieder im Buchhandel erschienen? Dieselbe wäre für die oben besprochene Aufklärung besonders wichtig. Könnte ich wohl einige Exemplare sofort hierher erhalten, um sie an massgebende Franzosen, vor allem auch an die Redaktion des „Journal de Genève“ weiterzugeben? Es würde einen höchst günstigen Eindruck in Frankreich machen, dass der Verfasser dieser Broschüre der gegenwärtige Ministerpräsident Bayerns ist.

In den letzten Tagen wurde ich wegen des Aussetzens aller bisher geltenden Vorschriften mehrfach um die Befürwortung von Pässen für die Einreise nach Bayern ersucht. Dem früher genannten Redakteur Horwitz wollte ich solche Befürwortung nicht versagen, da derselbe eine Empfehlung vom Vorstand der hiesigen sozialdemokratischen Partei brachte. Ich bitte jedoch um Instruktion in

Bezug auf diese Frage, da es ja doch sein kann, dass Gründe bestehen, bestimmte Elemente gar nicht oder doch nicht ohne Einvernehmen mit München passieren zu lassen.

In diesem Augenblicke telephoniert mir ein französischer Kollege, der besonders gute Beziehungen zu den leitenden Pariser Blättern hat, ob ich ihm bald einen Pass nach München verschaffen könne. Ich glaube, dass solcher Besuch von grosser Tragweite wäre. Erbitte auch dafür Instruktion.

Zum Schluss möchte ich den Hinweis nicht unterlassen, dass Berlin gut täte, die hier bisher im Exil befindlichen deutschen Demokraten Rösemeier, Grelling, Fernau, die sich grosse Verdienste um das neue Deutschland erworben haben, nicht zu vergessen, sondern sie durch irgend ein Mandat heranzuziehen. Volksvorträge der Genannten in Berlin und München über die Kriegsursachen wären eine gute Vorbereitung für die Neuwahlen.

Ich werde — auch zur Ordnung persönlicher Angelegenheiten — Ende kommender Woche auf drei Tage nach München kommen und mich dann sofort bei Ihnen melden. Darf ich für alle Fälle bitten, der Grenzbehörde Lindau die Anweisung zu geben, meine Frau und mich undurchsucht passieren zu lassen; ich bringe eine Reihe wichtiger Dokumente betreffend die deutsche Kriegführung mit.

In aufrichtigster Hochschätzung bin ich, sehr verehrter Herr Ministerpräsident,

Ihr ganz ergebener

Prof. Fr. W. Foerster.

Nr. 12

George D. Herron in Genf an Eisner und Jaffé

Telegramm Genf, den 17. November 1918; 3⁵⁰ nachm.

Ich habe mein möglichstes getan, um den Präsidenten Wilson und die Entente-Regierungen zu überzeugen, dass Ihre Regierung vertrauenswürdig ist. Ihre beiden Telegramme mit meinen Begleitworten versehen wurden unverzüglich an den Präsidenten und an die Entente-Regierungen telegraphiert. Vor allem rate ich Ihnen dringend, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen, zweitens die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung am Anfang des Krieges und an den Grausamkeiten der Kriegführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend. Drittens unternehmen Sie die ersten Schritte zur Berufung einer bayerischen oder deutschen Kommission,